

net wurde, akribisch nachgezeichnet, basierend auf stundenlangen Gesprächen mit Karski selbst und genauester Recherchearbeit in einschlägigen Archiven. Ihre Arbeit, die von Jan Karski bis zur Veröffentlichung begleitet wurde, ist ihnen ausgezeichnet gelungen, vor allem das, was die beiden Autoren als ihr Motiv und Ziel angaben: „Jan Karski hat einen großen Teil seines Lebens der Förderung des Verständnisses zwischen Juden und Polen gewidmet. Wir hoffen, mit diesem Rechenschaftsbericht seiner Sache dienen zu können.“

Herbert Winklehner

Berichte

Bundeskanzler Kohl über Leo Baeck und Deutschland

Dankesrede (in Auszügen) von Bundeskanzler Helmut Kohl am 15. Mai anlässlich der Verleihung des Leo-Baeck-Preises 1997

(...) Von Leo Baeck stammt der wunderbare Satz: „Der Mensch soll am Mitmenschen den Namen Gottes heiligen.“ Seine Nächstenliebe stand auf dem Fundament der Gottesliebe. Durch sein eigenes Tun legte er Zeugnis dafür ab: In Theresienstadt war er als Seelsorger für alle Häftlinge da, für Juden und Christen, die man wegen ihrer jüdischen Abstammung dorthin verschleppt hatte.

Theodor Heuss hat einmal von der „schauerlichen Paradoxie“ gesprochen, daß Martin Buber die Würde jener Sprache gehütet und gepflegt habe, die von seinen Verfolgern mißbraucht und verdorben wurde. Auf Leo Baeck trifft diese Feststellung ebenfalls zu.

Noch häufig werden seine bitteren Worte zitiert, daß „die Epoche der Juden in Deutschland ... ein für allemal vorbei“ sei. Er sagte das nach seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager. Wir alle können dankbar sein, daß diese Vorhersage so nicht eingetreten ist. Selbstverständlich gibt es kein Zurück mehr in dem Sinne, daß wir an die guten – oft sogar glanzvollen – Kapitel der deutsch-jüdischen Geschichte bruchlos anknüpfen könnten. Doch ebenso offensichtlich ist die Tatsache, daß in Deutschland mittlerweile eine vitale jüdische Gemeinschaft neu entsteht.

Diese Gemeinschaft wächst in einem Maße, wie Leo Baeck es sich wohl kaum hätte träumen lassen. Dabei hat er selbst noch dazu beigetragen, daß jüdisches Gemeindeleben in der Bundesrepublik Deutschland sich entfalten konnte. In

den fünfziger Jahren kam er mehrfach zu Vorträgen und Vorlesungen hierher. Auch die von ihm betriebene Gründung des europäischen B'nai B'rith hatte eine ausgesprochen positive Wirkung auf das jüdische Gemeindeleben bei uns.

Das Werk des Neuaufbaus wäre nicht gelungen ohne das Engagement all jener jüdischen Männer und Frauen, die nach 1945 im Blick auf die Zukunft bereit waren, in Deutschland zu leben und an der Gestaltung unserer freiheitlichen Demokratie mitzuwirken. Die heutige Feierstunde ist eine gute Gelegenheit, an diese Bürgerinnen und Bürger mit besonderer Dankbarkeit zu erinnern. (...)

Was wir gemeinsam geschaffen haben, das ist unsere Bundesrepublik Deutschland, für die wir gemeinsam Verantwortung tragen – ob Juden oder Christen, ob religiös gebunden oder nicht. Deshalb freue ich mich sehr, daß es bei uns immer mehr junge jüdische Männer und Frauen gibt, die sich ganz bewußt und mit einem besonders wachen staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtsein in unserem Gemeinwesen engagieren.

Mittlerweile umfaßt die jüdische Gemeinschaft in Deutschland rund 60 000 Menschen – eine höchst erfreuliche Entwicklung, die noch vor zehn Jahren kaum jemand für möglich gehalten hätte. Viele Synagogen sind wieder lebendige Orte jüdischer Gegenwart geworden.

Zu den erfreulichen Kapiteln zähle ich auch die Entwicklung des christlich-jüdischen Dialogs. In unserer pluralistischen Welt dürfen Unterschiede nicht mehr Quelle des Mißtrauens sein – sie müssen als Quelle geistig-kulturellen Reichtums verstanden werden. Um so deutlicher treten dann auch Gemeinsamkeiten hervor.

Christen und Juden teilen die Überzeugung von der unveräußerlichen Würde jedes Menschen. Sie teilen den Glauben, daß uns die Schöpfung anvertraut ist. Damit wir sie erhalten und weiter gestalten. Weltbejahung, nicht Weltflucht, zeichnet diesen gemeinsamen Glauben aus. Er ruft jeden von uns in die Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden. Und er bewahrt uns vor Überheblichkeit und der Vergötzung von Macht.

Am Ende dieses Jahrhunderts, das so viel Leid und Tränen, Not und Tod gesehen hat, gehört der Bau eines wetterfesten europäischen Hauses zu unseren wichtigsten Aufgaben. In diesem Haus werden unsere amerikanischen Freunde ein Dauerwohnrecht haben. Es ist auch mein Ziel, daß Israel mit unserer Gemeinschaft so eng wie möglich assoziiert wird.

Zum Fundament des europäischen Hauses gehören vor allem die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens, die von Juden und Christen gemeinsam vertreten werden. Wir wollen kein Europa, das Unterschiede einebnet. Unser

Ziel ist Einheit in Vielfalt – eine Ordnung des Friedens und der Freiheit, in der sich die besten Kräfte des Alten Kontinents entfalten können.

Die vergangenen Jahre haben uns gelehrt, daß ethnischer Chauvinismus, religiöser Fanatismus und Fremdenhaß keineswegs aus der Welt geschafft sind – trotz aller abschreckenden Erfahrungen dieses Jahrhunderts. Wenn wir diese Dämonen wirksam und auf Dauer bannen wollen, müssen wir jetzt alles daransetzen, die politische Einigung Europas unumkehrbar zu machen. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe, und ich möchte Sie alle bitten, diesen Kurs zu unterstützen.

(...) Der Preis, den Sie mir heute verliehen haben, bedeutet auch eine Verpflichtung. Ich werde mich dieser Pflicht gern stellen. Sie können sich auf mich verlassen!

aus: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung Nr. 11, 29. Mai 1997

Die Israelis und die Palästinenser in der Sorge und Hoffnung des Papstes

Die Hauptpassagen der Rede von Johannes Paul II. bei der Akkreditierung des Botschafters des Staates Israel beim Hl. Stuhl, Aharon Lopez, am 10. April 1997.

(...) Die 1994 zwischen dem Hl. Stuhl und dem Staat Israel aufgenommenen diplomatischen Beziehungen bilden einen wichtigen Schritt in dem bestehenden Normalisierungsprozeß, den wir aufgenommen haben. Diese diplomatischen Verbindungen dürfen aber als solche nicht als ein Endergebnis betrachtet werden, denn ihr Zweck besteht darin, die noch größeren Ziele zu erreichen, die im Grundlagenvertrag (vgl. FrRu NF 1993/94, 88–93) dargelegt sind, der Ende 1993 unterzeichnet wurde. Der Geist dieses Vertrags, die vertrauensvolle Einstellung und die Verpflichtung, die darin ausgedrückt sind, müssen beständig in der vordersten Linie all unserer Bemühungen stehen, wenn wir gemeinsam den Weg des gegenseitigen Einvernehmens, der Freundschaft und der Zusammenarbeit weitergehen.

Es ist schon viel getan worden, um die einzelnen Artikel des Grundlagenvertrags durchzuführen, und mit Freude nehme ich den Hinweis Eurer Exzellenz auf die „Rechtlichen Vereinbarungen“ zur Kenntnis, die bald der israelischen Regierung zur Approbation und Durchführung vorgelegt werden. Wir müssen beiderseits all denen dankbar sein, deren unermüdliche Bemühungen uns diesen Punkt erreichen ließen. Es ist meine Hoffnung, daß die „Rechtlichen Vereinbarungen“ sobald wie möglich unterzeichnet und ratifiziert werden,

denn sie sind ein höchst bedeutsames juristisches Instrument für das Leben der katholischen Kirche in Israel und für die katholischen Gläubigen, die israelische Bürger sind. Wir sprechen hier ferner von einem wichtigen Schritt, der allen Menschen in Israel, ungeachtet religiösen Glaubens oder kultureller Verschiedenheiten, helfen soll, als gleichgestellte Partner beim Aufbau der israelischen Gesellschaft zusammenzuarbeiten ...

Das bringt uns zu dem, was Sie mit Recht als eine der Herausforderungen – ja als die große Herausforderung – bezeichnet haben, die Suche nach Frieden. Wie Sie hervorgehoben haben, wurde schon ein Fortschritt gemacht, und der Hl. Stuhl, der den Friedensprozeß stets aktiv unterstützt, ist erfreut, wann immer sich positive Ergebnisse zeigen. Es fehlt jedoch nicht an Schwierigkeiten und Krisen, die gerade jetzt den brüchigen Optimismus, der im Wachsen war, zunichte zu machen drohen. In dieser Hinsicht bringe ich erneut die ernste Besorgnis zum Ausdruck, mit der der Hl. Stuhl und die ganze internationale Gemeinschaft unlängst die Zunahme von Spannungen in einer schon schwierigen und brisanten Situation festgestellt haben. Es gibt ernste Probleme, die täglich die physische Sicherheit von einzelnen Menschen, sowohl von Israelis wie Palästinensern, betreffen und die die Möglichkeit der Befreiung aus der scheinbar endlosen Spirale von Aktion, Reaktion und Gegenreaktion bedrohen. Das ist in der Tat ein Teufelskreis, aus dem es kein Entrinnen gibt, wenn nicht alle Parteien mit wahrhaft gutem Willen und in Solidarität handeln. Zu Beginn dieses Jahres habe ich gesagt: „Alle, Juden, Christen und Muslime, Israelis und Araber, Glaubende und Nichtglaubende, müssen den Frieden zusammen aufbauen und festigen.“ Dieser Friede gründet „auf einem fairen Dialog zwischen gleichgestellten Partnern ... mit Achtung der Identität und der Geschichte eines jeden, ... auf dem Recht der Völker zur freiheitlichen Bestimmung ihres Schicksals, auf ihrer Unabhängigkeit und auf ihrer Sicherheit“ (Ansprache an das beim Hl. Stuhl akkreditierte Diplomatische Korps, 13. Januar 1997).

In diesem Zusammenhang kann ich es nicht unterlassen, den einzigartigen Charakter von Jerusalem – wenn auch nur kurz – zu erwähnen. Die Heilige Stadt, die Stadt des Friedens, bleibt ein Teil des gemeinsamen Erbes der ganzen Menschheit und muß für alle Generationen bewahrt und geschützt werden. Verschiedene Völker betrachten die Worte des Psalms als ihre eigenen: „Erbittet für Jerusalem Frieden!“ (Ps 122,6). Die katholische Kirche wird weiterhin ihren Teil dazu beitragen, die Berufung und Sendung zu fördern, mit der der Gott der Offenbarung selber die Heilige Stadt in ihrer verwickelten und vielgestaltigen Geschichte betraut hat. Und wenn wir an den Frieden denken, den Gott wünscht, dürfen wir nicht vergessen, daß dieser Friede Gerechtigkeit, Achtung vor der Würde einer jeden Person und die Bereitschaft erfordert, andere zu verstehen.

Der Hl. Stuhl und die katholische Kirche als Ganzes setzen sich entschieden dafür ein, „in der Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus und aller Arten von Rassismus und religiöser Intoleranz sowie in der Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Nationen, der Toleranz zwischen Gemeinschaften und der Achtung vor dem menschlichen Leben und der menschlichen Würde mit dem Staat Israel zusammenzuarbeiten“ (Grundlagenvertrag, Artikel 2 § 1). Es kann keine Frage sein, daß in diesen Bereichen noch mehr getan werden kann und muß.

Gerade solche erneuten Bemühungen werden dem Großen Jubiläum des Jahres 2000 eine wahrhaft universale Bedeutung geben, die sich nicht auf Katholiken oder Christen beschränkt, sondern alle Völker in jedem Teil der Welt umfaßt ...

Der vollständige Text findet sich in: L'Osservatore Romano. Wochenausgabe in deutscher Sprache Nr. 18, 2. Mai 1997, 11. (Orig. engl. in L'O. R. 11. April 1997.)

Kirchentag in Leipzig

Der 27. Evangelische Kirchentag vom 18.-22. Juni 1997 in Leipzig war bewußt an den Ort plaziert, an dem die denkwürdigen Aufbrüche und Wende, besonders von den Montagsgebeten in der Nicolaikirche her, im Herbst 1989 ihren Ausgang nahmen.

Das Tagungsthema „Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben“ (Spr 12,28) versuchte den Spagat zwischen Vergangenheitsbewältigung und aussichtsreicher Zukunft. Bewältigt sind immer noch nicht 40 Jahre und die Folgen der Unterdrückung des Christentums durch das atheistische DDR-Regime. Die Aussicht, nach der Vereinigung des Ostens mit dem Westen in der Bundesrepublik Deutschland, politisch-wirtschaftlich betrachtet, in gesicherten Verhältnissen zu leben, ist keineswegs hoffnungsvoll. Ein Schlaglicht auf die Situation werfen die Zahlen von 17 % Arbeitslosen in Leipzig und 15 % gläubigen Christen in der Stadt. Kirche gehört für drei Viertel der Menschen in Ostdeutschland nicht mehr zu ihrer Lebenswirklichkeit. Dennoch traute sich dieses in seiner Art größte Treffen von Christinnen und Christen in der Welt mit rund 2000 Veranstaltungen innerhalb von vier Tagen zu, auf dem Boden biblisch-christlicher Weltanschauung Wege aus der Krise zu finden. Unter den Evangelischen waren etwa 10 % Katholiken. Hinzu kamen Vertreterinnen und Vertreter aus dem ganzen ökumenischen Bereich, aus der Politik und aus der ökologischen Bewegung. Insbesondere profilierten sich die Frauen in der feministischen Theologie – sie gründeten auf dem Kirchentag

eine Feministisch-Theologische Fakultät. Als Kirchentagspräsident fungierte Rainer Meusel, und Frau Margot Käßmann stand ihm als Generalsekretärin zur Seite. Prominentester Gast war Bundespräsident Roman Herzog.

Unter den 100 000 ständigen Teilnehmern waren etwa 20 000 aus dem Osten, die anderen aus dem Westen. Als Vergleichszahl kann dienen, daß 1954 einmal 540 000 zum Evangelischen Kirchentag in Leipzig zusammengekommen waren.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Klaus Engelhardt, markierte mit seinen Worten wohl die entscheidenden Zielperspektiven einer christlichen Lebenshaltung, die sich, am Wort Gottes orientierend, auf „Kirche sein miteinander und in der Welt“ einläßt. Der Bischof behaftete unsere Gesellschaft und unseren Staat mit unausweichlichen Bedingungen, die es einzulösen gilt, wenn anders man freiheitlich demokratisch ist und den Menschen gerecht werden will: „Gerecht ist, wer für Verschuldete und Verarmte Schutzrechte gewährt. Gerecht ist, wer die vom sozialen Abstieg bedrohten Menschen schützt. Gerecht ist, wer sich den Entrechteten zuwendet.“



Kirchentag
Leipzig
1997

Foto: epd

V.l.n.r.: Bundespräsident Roman Herzog, der Theologe Heinz Zahrnt und Kirchentagspräsident Rainer Meusel vor der Bibelarbeit mit Heinz Zahrnt.

Der Anstrich, daß diese Linie politisch klingt, wird dahin verdeutlicht, daß zahlreichen Foren und Arbeitskreise in Bibelarbeit jenes Gleichgewicht herstellen, das verhindert, daß die Kirche sich politisch verausgabt oder sich hinter Kirchenmauern zurückzieht. Die politische Vergangenheitsbewältigung, die symptomatisch mit der Einladung des ehemaligen SED-Funktionärs

Roland Wötzel gewagt wurde, geriet nicht einmal ansatzweise. Die Gefahr, daß man sich mit Tätern, nicht aber mehr mit den Opfern des atheistischen DDR-Regimes beschäftigt, ist nicht beseitigt. Trotz der Eingeständnisse von Fehlern war bei Leuten der Couleur von Wötzel die Meinung vorherrschend, der DDR-Staat habe die soziale Frage doch besser gelöst. Keineswegs zufrieden war freilich auch der CDU-Politiker Heiner Geissler mit den sozialen Verhältnissen, wie sie augenblicklich in der Bundesrepublik herrschen. Er konnte nicht begreifen, wie ein Unternehmen 2,5 Milliarden Gewinn macht und 5000 Leute entlasse. Der katholische Sozialwissenschaftler Friedhelm Hengsbach forderte denn auch, weitergehend, den Umbau der bundesrepublikanischen Gesellschaft in einem neuen Gesellschaftsvertrag. In ökumenischer Hinsicht war der Vorschlag des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, einen gemeinsamen Kirchentag im Jahre 2003 zu veranstalten, der vom Evangelischen Kirchentag begrüßt wurde, die entscheidende Hoffnung, bei der es wohl einstweilen bleibt. Trotz der in den letzten Jahren bei vielen selbstverständlicher gewordenen Überzeugung, daß die Kirche die Spaltungen überwinden muß, wenn sie überleben will, wurde deutlich, daß eine gewaltsam herbeigeführte Einheit, etwa in der Eucharistischen Mahlgemeinschaft, nicht neue Spaltungen erzeugen dürfe. Die Politik der „kleinen Schritte“, die gemacht werden muß, sah man auf dem Kirchentag auch als praktikierbar an im Hinblick auf die Weltverantwortung der Christenheit: „Gerechtes Handeln. Kleine Schritte in eine bessere Welt“, so ein Transparent.

Das Veranstaltungsangebot der Arbeitsgemeinschaft für Juden und Christen bot eine vielfältige Palette, auf die hier nur in Auswahl hingewiesen werden kann. Eröffnet wurde das tägliche Programm jeweils mit einer Dialogbibelarbeit, gemeinsam moderiert von prominenten jüdischen und christlichen Theologen (Chana Safrai, Frank Crüsemann, Martin Stöhr, Rabbiner Albert Friedlander, Friedrich-Wilhelm Marquardt, Stephan Ehrlich u. a.). Referate zu Themen aus Geschichte, Politik und Religion setzten sich mit kritischen Fragen auseinander, die in der jüngsten Vergangenheit die Gemüter erhitzt hatten: der 27. Januar als Gedenktag, die Goldhagen-Debatte, die politische Situation in Israel, christlicher Antisemitismus, palästinensische Theologie, u. a. m. Mehrtägige Werkstätten gaben Gelegenheit für Diskussionen in kleinen Gruppen und für persönlich-dialogisches Gespräch. Besonders zu begrüßen war hier das praxis-orientierte Angebot einer Werkstatt für Lehrer und Katecheten in Schule und Gemeinde zu den Themen: Schawuot und Pfingsten – Geschenk zum Leben, Tora – das Buch des Lebens, Abrahams Zelt stand allen offen, sowie ein spezielles Angebot für Prediger: Christliche Judenfeindschaft in Predigt, Unterricht und Theologie heute. Anknüpfend an die zeitlose Defi-

nition von Gerechtigkeit von Bischof Engelhardt (vgl. 307 i. d. Heft) führten jüdische Experten (Pinchas Lapide, Micha Brumlik u. a.) in die soziale Dimension von Recht und Gerechtigkeit auf der Grundlage des biblischen Gesetzes ein. Die Vortragsreihen „Als Christ das Alte Testament lesen“ (Rolf Rendtorff) und „Der Glaube an den Einen Gott und das christliche Bekenntnis zu Jesus Christus“ (Michael Wyschogrod) trafen – neben vielen anderen Angeboten – den Kern christlich-jüdisch-theologischen Dialogs. Nicht vergessen war die jüdische Geschichte Leipzigs. Mit rund 12 000 jüdischen Einwohnern war Leipzig 1933 eine der größten Gemeinden in Deutschland. Nur 24 Mitglieder der Gemeinde überlebten den Holocaust. Neben den eigenen Institutionen hatte die jüdische Gemeinde auch Stiftungen und soziale Einrichtungen unterhalten, die auch Andersgläubigen zugute kamen. Die Hermann-Romberg-Stiftung wollte sogar ausdrücklich mit ihren Erträgen „würdigen Armen ohne Ausschluß von Christen“ helfen. Aber auch das jüdische Krankenhaus stand allen offen. Seit der Wende 1989 und dem folgenden Zuzug von Einwanderern aus den GUS-Staaten ist die Zahl der jüdischen Einwohner wieder auf 180 angestiegen. Portraits bedeutender Persönlichkeiten ließen die große jüdische Vergangenheit der Stadt wieder aufleben: Henriette Goldschmidt (1825-1920), Wegbereiterin für das Recht der Frau auf Bildung und Erwerb; Lazar Gulkowitch (1898, ermordet 1941), Professor für Wissenschaft des Judentums; und der Rabbiner und Gelehrte Adolf Jellinek (1820/21-1893).

Eine erste Zusammenfassung der Beiträge des 27. Evangelischen Kirchentags ist bereits ab September als Taschenbuch erhältlich. Der Dokumentarband, herausgegeben im Auftrag des Deutschen Evangelischen Kirchentags von Konrad von Bonin, erscheint im Dezember 1997. Renker/Weidinger

Die United Church of Canada: Verhältnis zum Judentum einst und jetzt

Bericht von Fritz B. Voll

Die United Church of Canada, die größte protestantische Kirche des Landes, ist eine Vereinigung (1925) von Presbyterianern, Kongregationalisten, Methodisten und Disciples of Christ. Trotz ihres starken Engagements gegen jede Art von sozialem Unrecht hat sie sich nicht ganz freihalten können vom gängigen Antijudaismus und Antisemitismus der zwanziger und dreißiger Jahre. Außer den Quäkern hat dennoch keine kanadische Kirche eine bessere Geschichte. Als die kanadische Regierung sich jedweder Aufnahme jüdischer

Flüchtlinge verweigerte, verabschiedete die United Church Resolutionen, die der Regierung ihr Unrecht vorhielten und die Kirchen wegen ihres Schweigens kritisierte. In einem Beitrag in ihrer Kirchenzeitung von 1938 liest man: „Anderen die Einreise zu verweigern, während unser eigenes Haus weitgehend leersteht, heißt einer politischen Unmoral schuldig zu werden, die in ihren schwerwiegenden Auswirkungen der rohen Unmoral der Nazis um nichts nachsteht.“

Ihr soziales Engagement führte die Redaktion der unabhängigen Kirchenzeitschrift „The United Church Observer“ allerdings in den siebziger Jahren zu einseitig informierten antizionistischen und propalästinensischen Angriffen auf das Judentum, das bei kanadischen Juden tiefe Wunden hinterließ. Im Jahr 1978 wurde die „Kanadische christlich-jüdische Konsultation“ als regelmäßig tagende Gruppe ins Leben gerufen. An ihr sind der kanadische jüdische Kongreß, die katholische Kirche und der kanadische Rat der (protestantischen) Kirchen beteiligt. Die United Church ist durch drei Mitglieder vertreten. Sie ist auch im kanadischen Rat der Christen und Juden und anderen dialogischen Gruppen tätig. 1988 nahm der Rat der United Church eine Resolution gegen Antisemitismus und Rassismus an, in der ein landesweites Studium der christlichen Wurzeln des Antisemitismus und des Holocaust empfohlen wurde. Der „Ausschuß für interkirchliche und interreligiöse Anliegen“ beauftragte eine „nationale Arbeitsgruppe für das Verhältnis der United Church zum Judentum“ mit dem Studium dieses Verhältnisses und mit der Erarbeitung von Richtlinien. Diese Arbeitsgruppe begann 1993 mit dem Entwurf von Richtlinien für eine dem Judentum gegenüber respektvolle Auslegung der Heiligen Schrift: „Bearing Faithful Witness: United Church – Jewish Relations Today“. Der Entwurf befaßt sich ausführlich mit der Auslegung der beiden Testamente der Bibel im Licht der aus dem christlich-jüdischen Gespräch nach dem Holocaust entwickelten Erkenntnisse. Ende 1996 fand in Toronto eine zweitägige Konsultation von christlichen Theologen, fünf Rabbinern und anderen Vertretern des kanadischen jüdischen Kongresses statt, die sich ausschließlich mit dem etwa 50seitigen Dokument beschäftigte. Es wurde nunmehr zum Zweck einer noch breiteren Diskussion in den Gemeinden und außerhalb der Kirche zum Studium empfohlen.

Die New Yorker Kirchen und die Proselytenmacherei

Bericht von Fritz B. Voll zu der Erklärung der lutherischen, anglikanischen und römisch-katholischen Bischöfe von New York vom 25. Juni 1996

„Jüngste Ereignisse, die die Juden zur besonderen Zielgruppe evangelistischer Programme machen, haben zu jüdischer Besorgnis über Proselytenmacherei geführt. Wir ... wollen noch einmal klarstellen, daß wir uns dem christlich-jüdischen Dialog verpflichtet haben.

Das Dekret *Nostra aetate* Nr. 4 des Zweiten Vatikanischen Konzils sagt: ‚Gewiß ist die Kirche das neue Volk Gottes, trotzdem darf man die Juden nicht als von Gott verworfen oder verflucht darstellen, als wäre dies aus der Heiligen Schrift zu folgern ... Nichtsdestoweniger sind die Juden nach dem Zeugnis der Apostel immer noch von Gott geliebt um der Väter willen; sind doch seine Gnadengaben und seine Berufung unwiderruflich‘.

Die Richtlinien von 1988 der Episkopalen Kirche für das christlich-jüdische Verhältnis besagt: ‚Christen glauben, daß Gottes Selbstoffenbarung innerhalb der Geschichte geschieht. Im Bund mit dem jüdischen Volk am Berg Sinai wurde das heilige Gesetz Teil unseres religiösen Erbes. Christen sehen denselben Gott in der Person Jesu Christi verkörpert, dessen Zeugnis die Kirche trägt durch Wort und Tat unter allen Völkern. Es wäre dieser ihrer tiefsten Verpflichtung nicht angemessen, wenn die Kirche diese Mission leugnen wollte. Das christliche Zeugnis Juden gegenüber ist jedoch von Zwangsbekehrungen bewußt und unbewußt, offen und verborgen, entstellt worden ...‘ (IV.1.).

Wir, die lutherischen, anglikanischen und römisch-katholischen Bischöfe verbleiben in einer Dialog-Beziehung mit rabbinischen und jüdischen Laien-Verbänden und Institutionen ... Wir sehen keinen Konflikt zwischen einem Dialog, der auf gegenseitigem Respekt für die Heiligkeit der anderen besteht, und der christlichen Verpflichtung, das Evangelium zu predigen. Bemühungen, jüdische Menschen zu bekehren, würden das Band des Vertrauens wieder zerstören, das in über dreißig Jahren aufgebaut worden ist und – am Beginn eines neuen Jahrtausends, das in Hoffnung auf Versöhnung begonnen werden sollte – erneut Feindschaft schaffen zwischen uns und unseren ‚älteren Brüdern und Schwestern‘.“

Deutsch-israelischer wissenschaftlicher Austausch

Unter dem Thema „Utopie und Wirklichkeit. Von der Bibel zum aktuellen Judentum“ stand ein Seminar der „Gesellschaft der Freunde der Hebräischen Universität Jerusalems e.V. – Bereich Westfalen-Dortmund“ und der „Friends of the Hebrew University“ in Netanya/Israel und Jerusalem vom 29. März bis zum 9. April 1997. Talmudisches Judentum kennenzulernen, Verflechtungen rabbinischer Lehre mit frühchristlicher Theologie wahrzunehmen,

Qumran und Judenchristentum in ihren Bedeutungen zu erfassen, waren die Lernziele. Im Seminarteil in Netanya referierten Professoren und Dozenten der Hebräischen Universität Jerusalem und der Universitäten in Tel Aviv. Der Dekan der Fakultät für Jüdische Studien der Hebräischen Universität Jerusalem, Yair Zakovitch, gliederte die Referate und Diskussionen um die Themen „Messianität“, „Eschatologie“, „Verus Israel“, „Rollen vom Toten Meer zwischen Judentum und Christentum“, „Messianismus in rabbinischen Texten“, „Messianische Dimension der jüdischen Aufstände gegen Rom“ und „Religiöse Gruppierungen zur Zeit des Zweiten Tempels“. Eine Publikation der Referate wird angestrebt. Beim Studientag an der Hebräischen Universität Jerusalem auf dem Mount Scopus referierte Professor Lee Levine (Beerman-Institut) über „Jerusalem in the Time of Jesus“ und Professor Daniel Schwartz über „Die Rollen vom Toten Meer zwischen den Testamenten“. Durch diese Veranstaltung sind Arbeitskontakte zustande gekommen zwischen der Hebräischen Universität Jerusalem einerseits und den Universitäten Münster, Freiburg und Dortmund, der Schulaufsicht NRW, dem Institut für Religionspädagogik der Erzdiözese Freiburg, der Schulabteilung der Erzdiözese Paderborn und dem Institut für Lehrerfortbildung NRW in Mülheim/Ruhr andererseits. Alle genannten Institutionen waren durch Multiplikatoren in der Teilnehmerschaft vertreten. Die Fortsetzung der Seminarreihe ist für das nächste Jahr geplant.

Fritz Hofmann

Der jüdische Zar von Bulgarien

In der Geschichte Europas ist bekannt, daß nur *ein* Jude gekrönt und inthronisiert worden war: Ivan Schischman, von 1371 bis 1393 Zar von Bulgarien. Aus dieser Zeit ist ein Großteil der mittelalterlichen Gebäude, Gemälde und Manuskripte erhalten.

1355 traf Ivan Alexander die schöne Jüdin Sarah, die auserwählt worden war, dem Zaren eine Petition zu überbringen. Von ihr fasziniert, trennte sich Ivan Alexander von seiner christlichen Ehefrau und heiratete Sarah, die sich zum Christentum bekehrte und den Namen Theodora annahm. Mit Ivan Alexanders Tod im Jahre 1371 kam sein Sohn Ivan Schischman im Alter von 16 Jahren auf den Thron. Gemäß jüdischem Gesetz war Ivan Schischman als Kind einer jüdischen Mutter selbst Jude, obwohl er getauft und christlich erzogen wurde. Als das Ende seiner Herrschaft wird der 17. Juli 1393 genannt, als die Türken Turnowo eroberten. Um den galanten Ivan Schischman wuchs ein Zyklus epischer Gedichte, und die intelligente Zarin Theodora von Bulgarien ist als „beinahe Heilige“ unsterblich geworden. Die Bewunderung und Liebe

zu Zar Ivan Schischman und seiner Mutter Theodora hinterließen im bulgarischen Volk einen positiven Eindruck von den Juden als Bürgern des Landes. Bulgariens Geschichte war vermutlich darum frei vom Antisemitismus. Das wirkte sich bis in unser Jahrhundert aus. Nach den Beschlüssen der berüchtigten Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 sollten elf Millionen Juden aus den europäischen Ländern vernichtet und damit die „Endlösung“ der Judenfrage erreicht werden. In Bulgarien lebten 50 000 Juden. Bereits Anfang des Jahres 1943 kam SS-Hauptsturmführer Theodor Dannecker nach Bulgarien, um die „Operation Wannsee“ zu leiten. Er war Vertrauter Eichmanns und hatte sich durch die Vernichtung der Juden in Deutschland und später in Österreich traurigen Ruhm erworben. Auch der stürmische Protest der politischen Kreise, der Intellektuellen, der einfachen Leute in und außerhalb des Parlaments konnte die Annahme des Gesetzes nicht verhindern. Es war aber deutlich geworden, auf wessen Seite das Volk stand und daß es nicht nur zu protestieren, sondern auch Widerstand zu leisten bereit war. Die meisten Juden in Bulgarien waren Angestellte, Handwerker, Lohnarbeiter und kleine Kaufleute. Für sie alle war es lebenswichtig, daß die bulgarische Bevölkerung sie unterstützte. Die Landbevölkerung half den von Hunger und Elend Bedrohten mit Lebensmitteln und Kleidung. Auch Kyrill, Metropolit von Plovdiv, später bulgarischer Patriarch, kämpfte gegen die Judenverfolgung. SS-Hauptsturmführer Dannecker verließ das Land, ohne die Deportation der bulgarischen Juden erfüllt zu haben.

Mark Zonis

Neue Karfreitagsfürbitte

Vorschlag von Ansgar Ahlbrecht zur Neufassung der 5. Fürbitte („Für die Juden“)

Sprecher/in:

Laßt uns auch der Juden gedenken, an denen unsere christlichen Kirchen und unser deutsches Volk so sehr schuldig geworden sind, daß eine erhoffte Ver-söhnung mit ihnen uns nur wie ein Wunder erscheinen kann. Aus ihrem Volk ist unser Herr Jesus Christus geboren worden, und in ihrer Glaubenstradition ist er herangewachsen. Zu ihnen hat Gott zuerst gesprochen, und seine Ver-heißungen für sie gelten auch heute noch und für immer.

Priester:

Allmächtiger, ewiger Gott, du hast Abraham und seinen Nachkommen deine Verheißungen gegeben. Laß uns in den Menschen dieses Volkes den leidenden

Gottesknecht und die Zeugen deiner Bundesschlüsse mit den Menschen erkennen und in Ehren halten. Laß die Wunden, die wir ihnen geschlagen haben, verheilen, so daß wir mit ihnen zusammen zur Fülle der Erlösung gelangen können. Darum bitten wir ...

Alternative:

Allmächtiger, ewiger Gott, du hast Abraham und seinen Nachkommen deine Verheißungen gegeben. Laß uns erkennen, wie uns in den Menschen dieses Volkes durch die Jahrhunderte hin große Gestalten der biblischen Tradition begegnen: Wie Mose halten sie der Welt den Spiegel der Zehn Gebote vor; wie Jakob mit dem Engel und wie Ijob haben sie mit dir gerungen; wie der leidende Gottesknecht haben sie alle Gewalt auf sich gezogen. Darum laß uns sie als deine Zeugen in Ehren halten. Und laß die Wunden, die wir ihnen geschlagen haben, verheilen, so daß wir mit ihnen zusammen zur Fülle der Erlösung gelangen können. Darum bitten wir ...

Begründung:

Nach allem, was den Juden angetan worden ist, einfach so „für die Juden“ zu beten, ohne von unserer Schuld gegen sie zu sprechen, empfinde ich als geradezu anmaßend, weil wir beim Gedanken an die Juden zunächst einmal allen Grund haben, für uns selbst um Vergebung zu bitten. Darum habe ich oben auch formuliert: „Laßt uns auch der Juden *gedenken* ...“ Die Bitten zielen deshalb mehr darauf, daß Gott *uns* helfen möge, *unser* Verhältnis zu den Juden in Ordnung zu bringen, und daß er uns Anteil an dem ihnen verheißenen Heil verleihen möge.

In eigener Sache

Frau Ursula Blum, stellvertretende Schriftleiterin und Geschäftsführerin im „Freiburger Rundbrief“, trat nach Erreichung der Altersgrenze mit dem 31. Dezember 1996 in den Ruhestand.

Ihr Ausscheiden aus der Redaktion nahm der Vorstand des Vereins zum Anlaß, Frau Blum in einer kleinen Feier am 5. Juni 1997 zu verabschieden und ihr den Dank auszusprechen für die geleistete Pionierarbeit beim Wiederbeginn der neuen Folge des FrRu und durch dreieinhalb Jahrgänge hindurch. Insgesamt 14 Hefte wurden von Frau Blum und Frau Cunningham im Sekretariat des FrRu betreut, wobei der Hauptschriftleiter Prof. Dr. Clemens Thoma, Luzern, die Oberleitung innehatte. Wieviel tägliche Kleinarbeit zu leisten war, angefangen vom Eingang der Beiträge, ihrer Sichtung und redaktionellen Be-

arbeitung bis hin zur Pflege eines Stammes angesehener Rezensenten, dazu die Berichterstattung über aktuelle Ereignisse und deren Fixierung in den „Notizen“ u. a. m., kann nur der ermessen, der einmal näher zugeschaut hat, was dieses Team von drei Leuten in drei kleinen Zimmern irgendwo in einer Ecke der Großstadt Freiburg leisten mußte. Die Erneuerung der gesamten Büro-Technik, einschließlich der PCs und der Fax-Geräte, des Programms in der Buchhaltung, um nur einiges zu nennen, gelang, weil Frau Geschäftsführerin Blum dabei ihre zwanzigjährige Erfahrung in der Leitung des Kyrios-Verlags Meitingen nutzen konnte. Viele ihrer Kontakte zu Persönlichkeiten im Raum des christlich-jüdischen Gesprächs nutzte Frau Blum, um auch über den Kreis der Konsultoren hinaus die Wirksamkeit der Zeitschrift „Freiburger Rundbrief“ als Plattform des christlich-jüdischen Dialogs zu verbreitern. Die mit „bl“ gekennzeichneten Beiträge belegen dies.

Wenn Frau Blum nun in den verdienten Ruhestand getreten ist, kann sie wahrlich stolz und zufrieden auf ihre Arbeit beim „Freiburger Rundbrief“ zurückblicken und ihre Aufgabe der Nachfolgerin, Frau Elisabeth Weidinger, überlassen. Als Zeichen der Verbundenheit und bleibender Wertschätzung erhielt Frau Ursula Blum u. a. einen kolorierten Stich, der das Freiburger Münster im Jahre 1938 in der noch unzerstörten Umgebung zeigt.

Alwin Renker

Notizen

Chaim Herzog, 6. Präsident von Israel (1983-1993), ist am 17. April 1997 im Alter von 78 Jahren gestorben. Geboren 1918 in Belfast als Sohn des irischen Oberrabbiners, zog es Herzog bereits 1935 nach Palästina. Von 1939-1947 diente er in der britischen Armee und war einer der Befreier des Lagers Bergen-Belsen. Während seiner Amtszeit als Ständiger Delegierter zu den Vereinten Nationen bemühte sich Herzog vergeblich gegen die UN-Resolution, Zionismus mit Rassismus gleichzusetzen. Herzog wird in Israel als „unbestechlicher Landesvater“ und als „Staatsmann, wie ihn Israel vor ihm nicht gekannt hat“, verehrt.

Zu einem tieferen Verstehen des Judentums hat der Hamburger **Erzbischof Ludwig Averkamp** bei der Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit (am 1. März 1997 in Paderborn) aufgerufen. Für Christen sei es wichtig, *„sich ihrer Verwurzelung im Judentum deutlicher bewußt zu werden“*. In den katholischen Gemeinden müsse noch mehr Kenntnis von der Gottes- und Nächstenliebe als Zentrum jüdischer Existenz vorhanden sein. Der Einsatz im christlich-jüdischen Dialog ist nur sinnvoll, *„wenn wir die Auffassung vertreten, daß Judenfeindschaft kein strukturbedingtes und unausweichlich vorhandenes Element des Christentums darstellt“*.